Änderung der Verordnung über die bedarfsabhängige Zulassung von Ärzten und Ärztinnen (Zulassungsstopp-Verordnung)

Änderung vom 18. Juni 2019

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
gestützt auf Artikel 79 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV)
vom 8. Juni 1986¹⁾

beschliesst:

I.

Der Erlass Verordnung über die bedarfsabhängige Zulassung von Ärzten und Ärztinnen (Zulassungsstopp-Verordnung) vom 26. August 2013²⁾ (Stand 1. September 2013) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 2 (geändert)

²⁾ Sie gilt für alle Ärzte und Ärztinnen gemäss Artikel 36 KVG³⁾, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens über keine Zulassung zur Tätigkeit zulasten der OKP verfügen und die nicht während mindestens drei Jahren an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben.

§ 7 Abs. 1 (geändert)

¹⁾ Es dürfen nur Ärzte und Ärztinnen angestellt werden, die während mindestens drei Jahren an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Departements.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

¹⁾ BGS [111.1.](#)

²⁾ BGS [811.131.](#)

³⁾ SR [832.10.](#)

GS 2019, 21

IV.

Die Änderung tritt am 1. Juli 2019 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates. Die Geltungsdauer wird bis 30. Juni 2021 verlängert.

Solothurn, 18. Juni 2019

Im Namen des Regierungsrates

Roland Fürst
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

RRB Nr. 2019/958 vom 18. Juni 2019.

Veto Nr. 429, Ablauf der Einspruchsfrist 11. September 2019.